



Retail Investment Strategy: Fördert die EU den Kapitalmarkt – oder nur die Bürokratie?

Michael Fiedler

Mit der Retail Investment Strategy (RIS) will die Europäische Union mehr Kleinanleger an den Kapitalmarkt bringen. Kurz vor dem Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens wächst jedoch die Kritik aus der Branche. Deutsche Kreditwirtschaft und VOTUM Verband warnen vor zusätzlicher Bürokratie und einer Benachteiligung persönlicher Beratung.

Mehr Kapitalmarkt als politisches Ziel

Grundsätzlich herrscht über die Zielrichtung der Reform weitgehend Einigkeit. Europa gilt im internationalen Vergleich als stark bankenorientiert. Gleichzeitig fließt ein erheblicher Teil des privaten Vermögens in Sparbücher, Tagesgeldkonten oder andere niedrig verzinsten Anlagen. Die RIS soll dazu beitragen, mehr Kleinanleger für langfristige Kapitalmarktinvestitionen zu gewinnen. Genau an diesem Punkt setzt jedoch die Kritik der Deutschen Kreditwirtschaft (DK) an. „Der Anspruch der Politik ist aus meiner Sicht zu Recht, die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Kapitalmarkts zu stärken. Leider hat der Gesetzgeber mit der RIS die Chance, Schritte auf diesem Weg zu gehen, nicht genutzt“, sagt Daniel Quinten, Vorstandsmitglied des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) und diesjähriger DK-Federführer.

Bürokratie statt Vereinfachung?

Aus Sicht der Deutschen Kreditwirtschaft bleibt die RIS hinter ihren eigenen Ansprüchen zurück. Zwar begrüßt die Branche, dass einige besonders umstrittene Elemente des ursprünglichen Kommissionsentwurfs nicht umgesetzt werden. Dazu zählen unter anderem das partielle Zuwendungsverbot, der Benchmark-Ansatz bei den Value-for-Money-Vorgaben sowie der sogenannte Best-Interest-Test. Gleichzeitig befürchtet die DK, dass die neuen Regelungen das Wertpapiergeschäft für Kleinanleger eher komplizierter als einfacher machen werden. Nach Ansicht der Kreditwirtschaft brauche Europa weniger komplexe Regeln und weniger administrative Belastungen, um die Attraktivität des Kapitalmarkts nachhaltig zu steigern.

VOTUM warnt vor Benachteiligung der Beratung

Noch deutlicher fällt die Kritik des VOTUM Verbands aus. Der Verband sieht die Gefahr, dass die RIS standardisierte digitale Vertriebsmodelle begünstigt und

gleichzeitig persönliche Beratung regulatorisch benachteiligt. Während Vermittler mit zusätzlichen Dokumentations-, Transparenz- und Nachweispflichten belastet würden, profitierten insbesondere standardisierte und kostengünstige ETF-Lösungen von regulatorischen Erleichterungen. Der Verband warnt davor, den Verbraucherschutz auf die Kosten eines Produkts zu reduzieren. „Hier entsteht eine bemerkenswerte regulatorische Asymmetrie. Wer Kunden persönlich berät, ihre Lebenssituation analysiert, Risiken einordnet und langfristige Verantwortung übernimmt, wird mit zusätzlicher Bürokratie überzogen. Wer dagegen standardisierte Kapitalmarktprodukte digital vertreibt, findet in der RIS eine regulatorische Abkürzung“, sagt Martin Klein, geschäftsführender Vorstand des VOTUM Verbandes.

ETF statt Beratung?

Im Mittelpunkt der Kritik steht die Frage, wie Verbraucher künftig an den Kapitalmarkt herangeführt werden sollen. Aus Sicht von VOTUM besteht die Gefahr, dass die Regulierung zunehmend von einer vereinfachten Logik ausgeht: kostengünstig, standardisiert und digital. Für viele Anleger könne dies zwar ein sinnvoller Einstieg sein. Langfristige Finanzentscheidungen seien jedoch häufig deutlich komplexer. Familien, Immobilienfinanzierungen, Berufsunfähigkeitsabsicherung, Pflegevorsorge oder Nachfolgeplanung ließen sich nicht allein über die Auswahl eines günstigen Anlageprodukts lösen. Der Verband warnt deshalb davor, persönliche Beratung zugunsten standardisierter Vertriebsmodelle schrittweise zurückzudrängen.

Die eigentliche Grundsatzfrage

Hinter der RIS-Debatte steht damit eine größere Frage, die weit über einzelne Regulierungsvorschriften hinausgeht. Wie kann Europa mehr Menschen an den Kapitalmarkt bringen? Reicht ein einfacher Zugang zu kostengünstigen Standardprodukten aus? Oder braucht es weiterhin eine intensive persönliche Beratung, um Anleger langfristig zu begleiten und Fehlentscheidungen zu vermeiden? Die Europäische Union versucht mit der Retail Investment Strategy, mehr Kapitalmarkteteiligung zu schaffen und den Verbraucherschutz zu stärken. Kritiker befürchten dagegen, dass zusätzliche Bürokratie und neue Pflichten genau jene Beratung verteuern könnten, die viele Anleger für komplexe Finanzentscheidungen benötigen.

Kapitalmarktunion bleibt eine Dauerbaustelle

Die Diskussion über die RIS dürfte deshalb auch nach ihrer Verabschiedung nicht enden. Vielmehr beginnt nun die nächste Phase: die Ausgestaltung der delegierten Rechtsakte und technischen Regulierungsstandards. Dort wird sich entscheiden, wie stark die neuen Vorgaben tatsächlich in die Beratungspraxis eingreifen. Die Retail Investment Strategy ist damit weit mehr als eine weitere Finanzmarktrichtlinie. Sie wird zu einem wichtigen Testfall für die europäische Kapitalmarktpolitik – und für die Frage, ob mehr Regulierung tatsächlich zu mehr Kapitalmarkteteiligung führt.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4950210/Retail-Investment-Strategy-Foerdert-die-EU-den-Kapitalmarkt---oder-nur-die-Buerokratie/>